



Ausschuss für Schule und Bildung

43. Sitzung (öffentlich)

15. Mai 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**Schulen mit Lehrermangel nicht im Stich lassen – nicht verausgabte
Mittel müssen Schülerinnen und Schülern zugutekommen**

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5063

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Schulen mit Lehrermangel nicht im Stich lassen – nicht verausgabte Mittel müssen Schülerinnen und Schülern zugutekommen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5063

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzende Kirstin Korte: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie sehr herzlich. Wir haben acht Sachverständige eingeladen, die ich erst einmal ganz herzlich begrüße. Ich bedanke mich für Ihre Stellungnahmen, die den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen sind. Die Ausschussmitglieder haben sich auf ein ganz bestimmtes Prozedere geeinigt, das auch den Sachverständigen mitgeteilt worden ist. Ich will Ihnen das aber noch einmal mitteilen. Wir haben uns darauf geeinigt, eine sehr konzentrierte Diskussion durchzuführen. Es wird keine Eingangsstatements der Sachverständigen geben. Wenn Sie aber etwas auf dem Herzen haben, haben Sie die Gelegenheit, ein kleines Abschlussstatement vorzutragen, in dessen Rahmen Sie das, was Sie während der Diskussion nicht verdeutlichen konnten, an den Mann bzw. an die Frau bringen können.

Ich bitte die Abgeordneten darum, pro Fraktion eine Frage möglichst an nicht mehr als drei Sachverständige zu stellen. Auf diese Weise werden wir einen interessanten Austausch miteinander haben. Ich weise noch einmal darauf hin, dass Ton-, Film- und Bildaufnahmen während der Anhörung untersagt sind. Des Weiteren weise ich darauf hin, dass wir einen mitberatenden Ausschuss haben, nämlich den Haushalts- und Finanzausschuss. Dieser wird nachrichtlich beteiligt. „Nachrichtlich“ heißt – ich bedanke mich schon im Vorfeld sehr herzlich dafür –, dass der Sitzungsdokumentarische Dienst sich bereit erklärt hat, uns sehr schnell das Protokoll zukommen zu lassen, so dass dann alle Beteiligten die hier ausgetauschten Informationen noch einmal schriftlich vorliegen haben. – Wir steigen jetzt in die eigentliche Anhörung ein. Ich wünsche uns allen eine gute Beratung und frage, wer beginnen möchte. – Herr Ott und dann Frau Beer.

Jochen Ott (SPD): Sehr verehrte Sachverständige! Danke schön, dass Sie heute hierhergekommen sind. – Ich frage Bockerhoff, Frau Schäfer und Herrn Käuser. Wir haben diesen Antrag vorgelegt, weil wir alle miteinander wissen, dass Stellen keinen Unterricht geben, und weil wir zunehmend – sehr ungleich verteilt – Rückmeldungen aus allen Teilen des Landes bekommen, dass an bestimmten Schulen besonders viele Lehrkräfte fehlen. Das führt zu besonderen Herausforderungen für die Kollegien. Deshalb haben wir die Überlegung angestellt, ob es nicht sinnvoll ist, in einer solchen Situation zumindest das Geld, was eigentlich im Haushalt für die Stellen verankert ist, nicht zur Haushaltssicherung einzusetzen, sondern wenigstens den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Sie werden das unterschiedlich sehen. Die Fragen aber lauten: Welche Alternative zur Kapitalisierung sehen Sie, um den Schulen kurzfristig zu helfen? Welche Chance hätte

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

eine Kapitalisierung, wenn zumindest ein Teil des Geldes für die Schulen zur Verfügung stünde?

Uschi Brockerhoff (Gemeinschaftsgrundschule Kunterbunt, Köln): Ich glaube, dass in der Vergangenheit in Bezug auf die Stellenzuweisung deutlich geworden ist, dass wir in unterschiedlichen Bereichen zu wenig Lehrer haben. Das gilt für die Ruhrgebietschiene sowie für uns in Köln für die Bereiche, in denen sich Brennpunkte befinden. Auf der rechten Rheinseite sieht es anders aus als auf der linken.

Ich glaube aber auch, dass sich Schule so verändert hat, dass wir in ihr viel mehr Professionen brauchen, für die auch Gelder zur Verfügung gestellt werden müssen. Für diese Aufgaben möchte ich zwei, drei Beispiele nennen. Einmal handelt es sich um den Bereich der inklusiven Bildung. Da brauchen wir multiprofessionelle Teams. Die bestehen nicht nur aus Sonderpädagogen, Grundschullehrern bzw. Regelschullehrern, sondern auch aus Heilpädagogen, Sozialpädagogen und Sozialarbeitern.

Ich glaube aber auch, dass sich Bildung insgesamt massiv verändert und dass Schule darauf eine Antwort finden muss. Das gilt aber nicht nur für die Schule. Damit ist der gesamte Bildungsbereich gemeint. In der Schule aber brauchen wir Professionen, über die auch schon früher diskutiert wurde. Wir brauchen zum Beispiel Künstler bzw. Musiker. Eventuell brauchen wir auch Handwerker. Jede Schule braucht gemäß ihrem Programm etwas, mit dem ganzheitliche Bildung für alle Kinder – vor allen Dingen für Kinder in benachteiligten Situationen – möglich ist.

Dorothea Schäfer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Herzlichen Dank, Herr Ott, für die Frage sowie auch für den Antrag. – Wir haben sehr große Bedarfe in den unterschiedlichsten Bereichen der Schulen. Dabei geht es nicht nur um fehlende Lehrkräfte, sondern auch um marode Gebäude und mangelnde Ausstattung. Es wird darüber diskutiert, wie der Digitalpakt jetzt umgesetzt werden kann. Des Weiteren wird die Frage gestellt: Wie bekommen die Lehrerinnen und Lehrer ihre Geräte? Was ist mit den Schülerinnen und Schülern? Wie kann die Ausstattung so erfolgen, dass zeitgemäßer Unterricht stattfinden kann? Es ist doch sehr bizarr, wenn Geld, das eigentlich für Bildung eingesetzt werden müsste, an den Finanzminister zurückgegeben wird.

In dem Antrag stehen die entsprechenden Zahlen: Wenn 5.800 Stellen nicht besetzt sind, entspricht das ungefähr 226,6 Millionen Euro. Wir haben nachgerechnet: Zu bestimmten Stichtagen sind sogar 8.000 Stellen nicht besetzt. Dann werden 400 Millionen Euro einfach in die Haushaltssicherung zurückgegeben.

Das Dilemma bei unserer Bildungsfinanzierung besteht darin, dass wir eine geteilte Zuständigkeit zwischen Kommunen und Land haben. Das heißt, dass ich eine nicht besetzte Stelle nicht einfach in Geld umwandeln und sagen kann: Kommune, jetzt hast du das Geld, mit dem du die Schule besser als vorher ausstatten kannst. Dieses Dilemma muss aus unserer Sicht aufgelöst werden. Denn wir stellen immer wieder fest, dass die Bedingungen in den Schulen nicht nur an den Stellen für die Lehrerinnen und

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Lehrer bzw. an deren Besetzung hängen, sondern auch in hohem Maße mit der Ausstattung zusammenhängen.

Das, was Frau Brockerhoff gerade sagte, kann ich unterstützen. Neben den Lehrerinnen und Lehrern benötigen wir zusätzliche Professionen in den Schulen. Ich sage aber ganz klar: Das müssen zusätzliche sein. Wenn ich jetzt eine nicht besetzte Stelle kapitalisiere, kann ich das nur befristet, weil ich hoffe, dass beim nächsten fertigen Jahrgang – wenn also die neuen Lehramtsanwärterinnen bzw. -anwärter ihre Prüfung abgelegt haben – die Stelle wieder mit einer Lehrkraft besetzt werden kann. Denn nur die Lehrkraft kann den Unterricht machen. Die anderen aber sind ganz wichtig und zur Unterstützung da. Das will ich gar nicht schlechtreden oder niedrig hängen.

Das Problem haben wir auch bei dem Programm „Geld oder Stelle“. Wir sind der Meinung – das haben wir auch in die schriftliche Stellungnahme so hineingeschrieben –, dass wir noch eine Verbesserung in Bezug darauf brauchen, wie solche nicht besetzten Stellen zwischendurch auch anders genutzt werden können, damit das Geld dem Bildungsbereich nicht verlorengelht. Das ist eine schwierige Angelegenheit. Man muss da, glaube ich, große Anstrengungen unternehmen und überlegen, wie das optimiert werden kann.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen Weidenau):

Ich bedanke mich für die Einladung, hier als Sachverständiger sprechen zu können. Als Schulleiter an einem Gymnasium befindet man sich jetzt in einer schwierigen Situation. Wir sind diejenigen, die vor Ort vielleicht die Möglichkeit haben, Geld auszugeben, wenn eine Stelle erfolgreich besetzt werden kann. Andererseits versuchen wir in engen Gesprächen mit den Schulträgern genau das umzusetzen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner gerade beschrieben haben, nämlich dass die Schulen eine vernünftige infrastrukturelle Ausstattung bekommen.

Wir sind keine Haushaltsexperten. Deshalb begeben mich sicherlich mit der einen oder anderen Äußerung juristisch auf gefährliches Eis. Ich behaupte einmal, dass das Geld im Moment gar nicht so sehr das Problem ist, wenngleich – da bin ich, glaube ich, mit den meisten einig – sicherlich wünschenswert ist, das Geld, welches für Bildung vorgesehen ist, auch bei Bildung zu belassen. Das scheint mir aber im Moment nicht das Hauptproblem zu sein.

Ich nenne beispielhaft das jetzt bereits laufende Programm, in dessen Rahmen Übergangswise Sekundarstufe-II-Lehrerinnen und -Lehrer zunächst einmal an Grundschulen eingesetzt werden, um sie dann im Rahmen einer Übernahmegarantie später in anderen Schulformen zu beschäftigen. Wenn man sich die diesbezüglichen Zahlen anschaut, wird deutlich, dass die Idee sicherlich richtig ist. Die Zahlen zeigen aber nicht, dass es einen großen Erfolg bringt. Damit möchte ich Folgendes sagen: Wir müssen als Erstes betrachten, ob das Prinzip der Versorgung mit Lehrern hier im Land auch weiterhin geeignet ist, die strukturellen Disparitäten auszugleichen. Das scheint mir ein ganz zentraler Punkt sein.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Ich komme zu einem anderen Punkt. Man kann darüber nachdenken, ob man Haushaltsmittel sozusagen kapitalisiert, um sie in andere Bereiche – auch für multiprofessionelle Teams – hineinzugeben. Da bin ich ganz nah bei dem, was Dorothea Schäfer gerade sagte: Wir haben dort im Moment das Dilemma, dass es eine starke Differenzierung der Zuständigkeiten gibt. Die Lehrerversorgung an den Schulen ist nun einmal eine Landesaufgabe. Die anderen Aufgaben, die nicht minder wichtig sind – sie flankieren aber das Kerngeschäft dessen, was an Schule stattfinden soll –, sind aber ganz überwiegend kommunale Aufgaben.

Sicherlich ist es überlegenswert, darüber nachzudenken – das haben Sie auch getan –, ob der Weg über das Programm „Geld oder Stelle geeignet wäre. Dann müssen aber noch einmal andere programmatische Schwerpunkte her, und dann muss auch ein ganz enges Gespräch mit den Kommunen gesucht werden. Denn ich glaube, wenn das Land zu deutlich sagt, dass es das übernehmen will, wird es auf einer anderen Seite großen Beifall geben. Dort wird dann gesagt: Prima, damit sind wir aus der Nummer raus. – Im Zusammenhang mit der strukturellen Frage ist die rechtliche Frage zu sehen. Das sollte aus meiner Sicht als Erstes angegangen werden.

Sigrid Beer (GRÜNE): Wir bedanken uns für die schriftlichen Stellungnahmen. Ich freue mich, dass wir sie jetzt noch im Rahmen eines Austauschs vertiefen können. – In Bezug auf den Antrag würde ich das Verschieben von Personal- und Sachmitteln ausschließen. Das geht rechtlich bzw. haushaltsrechtlich nicht. Der personelle Zuzugewinn ist aber eine zentrale Frage.

In den Stellungnahmen ist viel die Rede davon, was alles nicht geht. Wenn man eine Kapitalisierung ernst nimmt und auf die Gewinnung von unterrichtendem Personal abzielt – dabei kann es um Künstler, Handwerker und viele andere gehen; diese können zum Beispiel unterstützend im sozialpädagogischen Bereich wirken –, ist die Frage zu stellen: Was für Entlastungen für ein Back Office brauchen die Schulen, um das zu handhaben? Dabei geht es zum Beispiel um Anstellungen und Verträge. Weiter ist zu fragen: Wie muss eigentlich ein Budget aussehen, das den Schulen Handlungsmöglichkeiten eröffnet? Wie müssen Ausschreibungsverfahren angelegt werden? Welche Hinweise haben Sie dazu?

Ich möchte für den besonderen Bereich der Berufskollegs Herrn Greshake bitten, seine Überlegungen vorzutragen, wie es gelingen kann, die Menschen, die man braucht und die einem im Laufe des Jahres an der Tür vorbeilaufen, zu gewinnen? Frau Schäfer frage ich in diesem Zusammenhang: Was brauchen Schulen zur Unterstützung, um diese Personalgewinnung durchführen zu können? Herrn Käuser stelle ich die Frage: Welches Backoffice brauchen die Schulen, wenn sie denn kapitalisieren bzw. andere Kräfte gewinnen wollen, um das abzuwickeln?

Georg Greshake (Schulleitervereinigung Heisinger Kreis NRW, Berufskolleg West der Stadt Essen): Wir können nicht davon ausgehen, dass irgendwelche Mittel zum Schulträger verschoben werden können. Wir Berufskollegs haben im Sinne der Lehrgewinnung ganz andere Probleme. Für die meisten Fächer, die wir unterrichten,

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

gibt es gar keine Lehrerausbildung. Von daher brauchen wir die Personalressourcen, die uns langfristig zur Verfügung stehen müssten, zumindest für den Ausschreibungszeitraum von einem Jahr oder bis zum Schuljahresende, um Menschen zu gewinnen, die gegebenenfalls bereit sind, zum Beispiel Augenoptiker oder Menschen zu unterrichten, die im Bereich „Schutz und Sicherheit“ tätig sind. Da es dafür kein Lehramt gibt, brauchen wir Zeit, diese Menschen – zum Teil aus den Betrieben heraus – zu gewinnen. Es geht dabei um Leute, die über einen Bachelor-Grad verfügen und einen weiteren Studiengang – Master of Education – anschließen.

Es gibt im Bereich des Regierungspräsidiums Düsseldorf – in anderen Regierungspräsidien ist das anders – das Problem, dass eine Stelle an einem Montag ausgeschrieben wird, dann aber wieder weg ist. Das heißt, dass uns diese Ressource als Berufskolleg längerfristig überhaupt nicht zur Verfügung steht. Ich weiß, dass es attraktive Standorte wie zum Beispiel Essen gibt, wo Menschen gerne hingehen. Auf dem Land ist das aber schwieriger. Ich glaube aber, es wäre gut, wenn den Schulen diese Ressource grundsätzlich für ein Jahr zur Verfügung stünde. Dann könnten sie nach und nach Lehrer rekrutieren bzw. das Verfahren hinausschieben, bis die Stelle besetzt werden kann.

Auch glaube ich, dass Schulen über Firmenkontakte sehr gut die Qualität der dualen Ausbildung aufrechterhalten können, wenn aus den Firmen kurzfristig Leute in die Schulen kommen, um in bestimmten Fächern zu unterrichten. Wir brauchen eine größere Freiheit; aber wir brauchen auch noch Möglichkeiten, vielleicht über mehrere Jahre hinweg Menschen auszubilden, die dann die Qualität sichern. Das heißt, wir benötigen eigentlich eine Budgetplanung, mit der wir uns als Berufskollegs auf den Weg machen zu können, um die Qualität für die Zukunft zu sichern.

Ich glaube, dass es gute Möglichkeiten gibt, wenn es einen Rechtsanspruch darauf gibt, Stellen dann zu besetzen, wenn es Menschen gibt, die zu diesen Stellen passen. Auf diese Weise würde, denke ich, das entsprechende Geld den Schülerinnen und Schülern sinnvoll zugutekommen.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen-Weidenau):

Zunächst möchte ich festhalten, dass für die originäre Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern das Land zuständig ist. Es wird im Rahmen der Finanzhoheit durch die fünf Bezirksregierungen personifiziert. Das ist sozusagen die eine Säule. Andererseits ist es sicherlich sinnvoll, darüber nachzudenken. Bis jetzt ist es so – wir befinden uns da wieder in der Struktur; es geht da zum Beispiel um das Programm „Geld oder Stelle“ –, dass die Finanzmittel an die Kommunen gehen, welche sie an die Schulen weitergeben. Die Schulen können sie – je nach dem Umfang, in dem sie benötigt werden – beantragen.

Es wäre auch für uns wünschenswert – da kann ich mich meinem Vorredner durchaus anschließen –, wenn wir ein Budget zur Verfügung hätten, das schulischerseits verwaltet werden kann. Allerdings muss auch da noch einmal über strukturelle Fragen nachgedacht werden. Zum Beispiel geht es dabei um die Fragen: Welche Rolle spielen dabei die Schulaufsichtsebenen? Wie autonom sind Schulen dabei? Denn spätestens

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

wenn es um Fragen des Arbeitsrechts geht, wird das – wenn ich das einmal so sagen darf – eine ganz heiße Nummer. Von daher ist es auch für uns als Schulleitung ganz wichtig, eine juristische Verlässlichkeit und Sicherheit zu haben. Auch das muss grundsätzlich vorher geklärt werden.

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich schließe an die Ausführungen von Herrn Käuser an. Die Schulen brauchen für diese Tätigkeit zusätzliches Personal. Er hat jetzt mehr vom Budget gesprochen. Unsere Grundschulen haben größtenteils noch nicht einmal eine volle Sekretariatsstelle. Bis jetzt ist es so: Wenn es um die Ausschreibung von Stellen für Lehrkräfte und das gesamte damit zusammenhängende Verfahren geht, wird sehr viel Arbeit von der Schulleitung – wenn sie besetzt ist – geleistet. Sie würde dringend Verwaltungskräfte benötigen, die diese Arbeit durchführen könnten.

Beim Thema „Einstellung von Tarifbeschäftigten“ hatten wir in Nordrhein-Westfalen eine Zeitlang die Situation, dass das von den Schulleiterinnen bzw. Schulleitern gemacht wurde. Da kamen sehr viele Fehler vor, weil das ein kompliziertes Geschäft ist. Man muss ordentliche Arbeitsverträge abschließen. Es muss alles berücksichtigt werden, was im Tarifvertrag steht. Das wurde von der Bezirksregierung oft zurückgenommen. Von daher wären zusätzliche Verwaltungskräfte nötig, um die zusätzlichen Einstellungen durchzuführen.

Wir werden zum nächsten Schuljahr außer Stellen für Lehrkräfte an den Schulen auch Stellen für multiprofessionelle Teams mit ganz unterschiedlichen Möglichkeiten bekommen. Das sind dann aber keine zusätzlichen Kräfte. Wenn man weiß, dass es nicht mehr genug Lehrkräfte für bestimmte Bereiche gibt, könnte man dann aber doch zusätzliches Personal gewinnen. Kurzum: Wir brauchen für sehr viele Schulen zusätzliche Kräfte zur Verwaltungsunterstützung, damit bestimmte Arbeiten – wie zum Beispiel das Lesen von eingegangenen Bewerbungen und das Einschätzen, ob die Bewerberin oder der Bewerber auf die ausgeschriebene Stelle bzw. zum Schulprogramm passt – von ihnen erledigt werden können. Es geht dabei darum, die Bewerbungen zu sortieren und zu entscheiden, wer am Ende eingeladen wird, wenn es mehrere Bewerbungen auf eine ausgeschriebene Stelle gibt. Es wäre sehr gut, wenn es hier zusätzliche Entlastung gäbe.

Wir hatten schon einmal das Thema „Verwaltungsassistenten“ angesprochen. Dabei ging es darum, dass man viel mehr von ihnen benötigen würde, als es bisher an den Schulen gibt. Es gibt sehr wenig Schulen, die solch eine Verwaltungsassistenz haben.

Helmut Seifen (AfD): Ich hatte schon in der entsprechenden Plenardebatte darauf hingewiesen, dass ich diesen Antrag nicht so sehr befürworten kann, weil ich ihn eher wie einen Gemischtwarenladen betrachte. Ich kann mich da dem anschließen, was der Verband LehrerNRW und der Philologen Verband NRW in einem Gutachten gesagt haben. Es gibt aber auch Gutachter, die sich dafür aussprechen. Das sind zum Beispiel Frau Schäfer und Herrn Dr. Bettscheider, die ich dazu befragen möchte. Sie können sich damit anfreunden, dass das Geld, was wir stellen, kapitalisiert und vo-

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

rübergehend entweder für Personal, was unterrichtsbegleitend tätig ist, oder für Sachleistungen – Dr. Bettscheider sprach, wenn ich es richtig gelesen habe – von Dienst-PCs – eingesetzt wird.

Erstens geht es um die rechtliche Frage. Ich muss es hier niemandem erläutern, dass das eine Schulträgeraufgaben und das andere Landesaufgaben sind. Das muss ich hier nicht erklären. Ich frage mich, ob man da nicht fast von „Mittelveruntreuung“ sprechen kann, wobei ich das Wort „Veruntreuung“ jetzt nicht im juristischen Sinne sehe, sondern mehr bildlich gesprochen.

Zweitens. Auch ich war Schulleiter. Als Schulleiter ist man froh, wenn man Stellen bekommt. Wenn man sie nicht sofort besetzen kann, geht das aber vielleicht in einem halben Jahr. Was macht man da in Bezug auf die Dienstrechte? Gehen die Menschen, weil das Geld ausgegeben worden ist, dann wieder zurück? Oder wird – das ist jetzt die Frage – niemand eingestellt? Manchmal ist es so, dass 14 Tage später doch noch jemand kommt.

Drittens. Sie wissen, dass es neben den schulscharfen Ausschreibungsmöglichkeiten auch das Listenverfahren gibt. Nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch die Gymnasien im westlichen Münsterland – sie liegen weit weg von Münster: Vreden, Ahaus und Gronau – waren immer besonders gestraft, weil die Bewerber lieber nach Münster als zum Beispiel nach Gronau wollten. Die haben aber am Listenverfahren teilgenommen. Es gibt da also Möglichkeiten.

Des Weiteren ist es so, dass Personal- und Sachmittelplanung zwei vollkommen unterschiedliche Dinge sind. Das alles muss ich Ihnen nicht sagen. Da muss man im Grunde genommen langfristig – zumindest aber mittelfristig – planen. Wenn man das Geld jetzt auf Verdacht in die Sachmittel hineingibt, ist zu fragen, ob das nicht sehr gewagt ist. Denn man muss dann im Grunde genommen aus einer Personalplanung umstricken. Dazu bitte ich die Schulleiterkollegen sowie Frau Schäfer von der GEW – der Gewerkschaft, die sich sehr um das Wohl der Personalausstattung sorgt – um eine Stellungnahme.

Dr. Uwe Bettscheider (Ritzefeld-Gymnasium Stolberg): Ich sehe einer Kapitalisierung immer positiv entgegen. Diesen Antrag sehe ich eher als Anstoß für eine Diskussion im Hinblick auf eine Kapitalisierung. Wir reden über zwei Probleme. Einmal geht es um das Beheben des Lehrermangels, zum anderen um Kapitalisierung und welchen Effekt diese hat. Die Frage des Dienstrechts ist eigentlich losgelöst davon. Im Dienstrecht geht es darum – das haben auch schon Frau Schäfer und andere gesagt –, dass es eine Trennung von Sach- und Personalkosten gibt. Wenn ich richtig informiert bin, diskutiert man zurzeit darüber, ob das Sachkosten oder Personalkosten sind. Wenn ein Lehrer wieder geht, dann gibt er den Dienstrechner ab. Ich sehe da überhaupt kein Problem.

Was die Kapitalisierung angeht: Die kleinste nach dem geltenden Recht legale Lösung bestünde darin, die Mittel einfach der FleMiVu („Flexible Mittel für Vertretungsunterricht) zuzuführen. Das wäre die ganz kleine Lösung. Es ist aber, ehrlich gesagt, nicht

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

das, was ich als langfristiges Ziel vor Augen hätte. Das beste Mittel, um den Lehrermangel zu lösen, besteht in einer verlässlichen Personalplanung. Schon Herr Greshake hat ausgeführt, dass das wichtig ist.

Zwischen 2006 und 2011 war ich in Bonn Schulleiter. Da konnte ich mich relativ gut darauf verlassen, dass die frei werdenden Lehrerstellen besetzt werden. Ich konnte mir Personal suchen. Zum Beispiel konnte ich mir einen Informatiker heranziehen. In den Gymnasien haben wir weniger ein Stellenproblem als ein Besetzungsproblem. Das ist so ähnlich wie bei den Berufskollegs. Wenn man MINT-Lehrer braucht, muss man wissen, dass die nicht auf den Bäumen wachsen, sondern die müssen selber „gezüchtet“ werden. Ich muss Kontakte knüpfen bzw. einen Praktikanten holen, den ich irgendwie als Referendar an die Schule bekommen muss. Dafür muss man eine verlässliche Personalplanung haben. Wenn das nicht mehr funktioniert, bekommt man diese Menschen nicht. Die Informatiker sind dann sehr schnell weg. Sie sind schneller an der Uni oder in der freien Wirtschaft, als ich schauen kann. Eine verlässliche Personalplanung über einen langen Zeitraum hinweg ist also wichtig. Da spielt auch wieder die Stellenbudgetierung mit hinein. Dabei geht es um die Vermischung von Sach- und Personalkosten nach unserem Verständnis. In den Niederlanden oder in der Schweiz sieht das schon wieder ganz anders aus. Da sieht man das nicht so.

Ich bin vor zwei Jahren an eine neue Schule gekommen. Das war eine digitale Wüste. Deshalb habe ich dringend einen Informatiklehrer gesucht. Der Träger und das Kollegium sind der Meinung, dass wir einen MINT-Schwerpunkt machen sollten. In eine digitale Wüste bekomme ich aber keinen Informatiklehrer hinein. Was macht man also? Wenn ich budgetiert wäre, könnte ich sagen: Dann investieren wir dieses Geld erst einmal in die Ausstattung. Dann kann ich mich auf die Suche machen und sagen: Ich habe einen attraktiven Arbeitsplatz für dich, komm zu uns.

Dorothea Schäfer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Herr Seifen, wenn Sie unsere Stellungnahme – die ist leider erst am Montag von uns abgegeben worden, weil wir es früher nicht geschafft haben – genau gelesen hätten, hätten Sie auch erkannt, dass wir das sehr differenziert sehen. Trotzdem säßen wir hier, glaube ich, nicht, wenn es um unabhängig besetzte Stellen gehen würde. Es geht um Tausende von nicht besetzten Stellen, und es ist ein Dilemma, dass wir eine Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten sowie eine geteilte Verantwortung haben.

Wir erleben das beim Thema „Gesundheitsschutz“. Der Schulträger ist dafür zuständig, wenn es in den Klassen zu laut ist. Was wird dann gemacht? Dann wird eine Lärmdämmung vorgenommen. Das Land ist Arbeitgeber für die Lehrkräfte. Die leiden darunter. Wir könnten mehr Geld für den Arbeits- und Gesundheitsschutz gebrauchen. Die Mittel dafür sind schon einmal aufgestockt worden. Es wäre auch eine Möglichkeit, da mehr Angebote für Lehrkräfte in Bezug auf Schulungen – dabei könnte es beispielsweise darum gehen, besser mit dem Stress klarzukommen – zu machen. Am Ende aber kommen wir immer in die Zwickmühle, dass Sachmittel von der Kommune bezahlt werden müssen, während das Land für das Personal zuständig ist.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Ich habe Ihre Frage in Bezug auf die Rückgabe des Computers nicht ganz verstanden. Das wäre doch der Vorteil. Auch die Toiletten könnten saniert werden. Das ist eine einmalige Ausgabe in einem Jahr. Nach drei oder vier Jahren muss jedoch ein neues Gerät gekauft werden. Bei der Einstellung von Personal für die Stelle, für die ich keine Lehrkraft gefunden habe, könnte ich nur befristet – zum Beispiel für ein Jahr – einstellen. Das löst aber das Problem in der Schule nicht grundsätzlich.

Als Gewerkschaft sind wir gegen die vielen befristeten Einstellungen. Wir sind der Meinung, dass auch Vertretungskräfte unbefristet eingestellt werden sollten; denn ein Jahr später ist auch jemand krank oder nimmt Elternzeit. Außerdem brauchen wir eine ordentliche Vertretungsreserve.

Wir haben das schon sehr differenziert dargestellt. Gleichzeitig finden wir, dass es sehr schmerzhaft ist, dass so viele Millionen Euro zur Haushaltssanierung zurückgegeben werden, obwohl wir superviel Bedarf in jeder Schule haben.

Es sollte einen Anstoß für eine neue Justierung geben, um Schulen, die es besonders schwer haben, stärker zu unterstützen. Das könnte vielleicht auch durch eine andere Art der Lehrereinstellung geschehen, bei der nicht mit den Ausschreibungsverfahren gesteuert wird. Die Grundschulen im Essener Norden bekommen keine Lehrkräfte, weil die es sich aussuchen, wo sie hingehen. Sie sagen sich: Da ist es einfacher, und ich kann eher klarkommen. Da braucht es also eine andere Steuerung. Das wird auch mit diesem Antrag angestoßen.

Es geht hier um viel. Ich sage aber noch einmal: Es gibt Tausende von nicht besetzten Stellen, wo sich der Finanzminister freut, während das Geld im Bildungsbereich gut eingesetzt werden könnte.

Frank Rock (CDU): Frau Schäfer, ich komme jetzt aber zu Ihrem Beitrag. Sie erwähnten sehr viele Dinge. Dabei ging es etwas weniger um den Antrag. Vielmehr warfen Sie einen perspektivischen Blick auf die Bildungspolitik. In Bezug auf eine Stelle möchte ich Sie korrigieren. Sie haben von Sekretariatsaufgaben im Rahmen einer Schulausschreibung gesprochen. Mein Schulsekretär hat noch nie an irgendeiner Ausschreibung teilgenommen. Ich hoffe, bei Ihnen war es genauso; denn es gibt auch da interne und externe Dinge. Anschließend haben Sie sich korrigiert und von „Schulverwaltungsassistenten“ gesprochen. In dem Zusammenhang ist das richtig. Das hat aber nichts mit dem Schulsekretariat zu tun. Das wollte ich nur zur Klarstellung gesagt haben.

Ich möchte noch eine Klarstellung in Bezug auf Haushaltssanierung vornehmen. Wenn 260 Millionen Euro zurückgehen, hat das nichts mit Haushaltssanierung zu tun. Das sind rücklaufende Mittel. Was die Außenperspektive angeht, wurde das also nicht in ein richtiges Licht gestellt.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen. Sie gehen an drei Kolleginnen bzw. Kollegen: an Frau Mistler, Frau Balbach und Herrn Käuser. Die Ausgangslage ist uns allen klar. Wir haben – das bestreitet hier niemand – einen riesigen Lehrermangel. Ich möchte auch gar nicht ausführen, woran das liegt. Es gibt aber – das hat der eine oder andere hier

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

bereits angesprochen – regionale Unterschiede. Wir bemerken aber regionale Dispersitäten. Es gibt also – das hat der eine oder andere hier auch schon angesprochen – regionale Unterschiede. Der Antrag ist ein Stück weit plakativ. Die Frage ist, ob es Chancen gibt, regionale Unterschiede in Bezug auf den Lehrkräftemangel auszugleichen?

Sabine Mistler (Philologen-Verband NRW): Es ist ein schwieriges Unterfangen, die regionalen Probleme zu lösen. Auch die FleMiVu-Mittel, die uns zur Verfügung stehen, helfen den Schulen zum Teil nicht dabei, Stellen zu besetzen. In der Diskussion vor Ort vermisste ich, dass über das Thema „Qualität, Fachlichkeit, Attraktivität und langfristige Perspektive“ gesprochen wird.

Wir reden jetzt hier über kommunale Bereiche sowie über die Versorgung mit Lehrstellen über das gesamte Land hinweg. Ich glaube, dass wir den Umstand nicht aus dem Blick verlieren dürfen, dass die Landesregierung in der letzten Zeit schon eine ganze Menge unternommen hat. Wir haben nach wie vor – das ist bei uns tatsächlich so – in den ländlichen Regionen große Probleme, die Stellen zu besetzen. Den Schulen kann in Bezug auf die Qualitätsausrichtung aber nicht geholfen werden, wenn multiprofessionelle Teams – das gilt gerade auch für unsere Schulform – eingesetzt werden. Es kann aber damit geholfen werden – das ist längerfristig angelegt; die Landesregierung ist da unserer Ansicht nach auch auf einem guten Weg –, dass die Attraktivität gesteigert wird und dass die Möglichkeit geschaffen wird, dass Kolleginnen und Kollegen – auch bei unserer Schulform Gymnasium – über Entlastungsmöglichkeiten gut klarkommen und auch sehr gerne in ländliche Bereiche gehen.

Ich glaube, dass wir mit den Dingen, über die wir hier im Vorfeld gesprochen haben, keine Lösung finden werden, unabhängig davon, dass wir unter Umständen – wenn bei der Einstellung nicht behutsam auf die Drei-Jahres-Frist geachtet wird – Personen an die Schulen holen, die sich auf eine Befristung zubewegen. Wir würden dann langfristig die Möglichkeit der Besetzung von Stellen gefährden. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der uns sehr am Herzen liegt. Denn wir wollen Lehrerstellen bzw. gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Wenn die Attraktivität an der einen oder anderen Stelle noch etwas gesteigert werden kann, werden wir auch ländliche Bereiche mit Lehrerstellen gut versorgen können.

Ich gebe meinem Vorredner recht: Wir haben zum Teil keine Informatiker. Die werden auch nicht an die Schulen gebracht, wenn multiprofessionelle Teams eingesetzt werden. Das kann ich, ehrlich gesagt, nicht so ganz nachvollziehen.

Brigitte Balbach (lehrer nrw): Ich habe in dieser ersten Runde nicht viel hinzuzufügen, möchte aber – auch wenn Sie versuchen, all das hier zu vermeiden – doch noch einmal einen Blick in die Vergangenheit werfen. Denn wir sitzen heute hier und sprechen darüber, dass wir nicht genügend Lehrkräfte haben, weil es eine Vergangenheit gab, in welcher der Lehrerberuf – um es einmal auf den Punkt zu bringen – ins Jenseits katapultiert wurde. Frau Beer lächelt oder lacht gerade. Das finde ich schön: Behalten Sie Ihren Humor. Fakt ist aber nun einmal, dass die rot-grüne Regierung das – so

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

muss man es einfach sagen – niedergemetzelt hat. Für uns und die Regierung danach ist dabei herausgekommen, dass das geradegerückt werden muss, was über Jahre hinweg versäumt worden ist, nämlich die Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen herzustellen und ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen, um bestimmte Dinge in die Wege zu leiten. Das fängt mit der Digitalisierung an und geht – über andere Dinge – weiter bis hin zu Gesundheitsprävention und anderem. Da musste von uns allen wie sonst was geackert werden. Die Ergebnisse sind aber eben noch nicht so, wie wir es gerne hätten.

Wer früher in den Supermarkt gegangen ist, hat an der Kasse hören können, wie schlecht das Image von Lehrkräften ist. Außerdem wurde gesagt, dass wir als Lehrer keine Chance haben, auch nur irgendetwas durchzuführen, was wir selbst als wichtig entdeckt haben. Dabei geht es zum Beispiel um Werteerziehung und ähnliches. Vielmehr wurde alles von oben reglementiert. Von oben wurde alles aufgedrückt, was zu tun ist. Über die Bezirksregierung wurde vor allem gesagt, wie es zu tun ist. Selbst bei der Ausführung hat man uns den Hahn zugedreht. Selbst denken war unter rot-grüner Landesregierung für Lehrkräfte unerwünscht.

Jetzt haben wir das entsprechende Ergebnis. Jeder, der an einer Supermarktkasse steht und sich mit anderen darüber unterhält, hört, dass man um Himmels willen nicht Lehrer werden soll. Alles geht, nur Lehrer darf man nicht werden. Denn die Bedingungen sind nicht besser geworden. Das Geld fließt nicht in Strömen. Wir können nicht alles wieder da abrufen, wo wir aufgehört haben. Denn in der Zwischenzeit ist einiges passiert. Das Kind ist in den Brunnen gefallen.

Wir müssen jetzt Brücken bauen. Das versuchen wir auch gemeinsam. Ich finde, es ist aber schon ein Ding, dass die Opposition das hier so darstellt, als hätte nicht sie das gemacht, sondern die neue Regierung habe einen schlechten Start gehabt. Sie haben das – um es einmal mit meinen Worten zu sagen – acht Jahre lang wirklich in Grund und Boden „gesiff“. Jetzt haben wir das entsprechende Ergebnis. Jetzt müssen wir – das gilt auch für diese Landesregierung – versuchen, das Kind aus dem Brunnen wieder herauszuholen und peu à peu wieder nach oben zu kommen. Wir bemühen uns nach allen Regeln der Kunst. Ich glaube aber nicht, dass es uns sehr schnell gelingen wird; denn die Attraktivität hängt auch davon ab, ...

(Zuruf)

– Ich kann Sie jetzt – so ist das nicht – bis ungefähr 18 Uhr unterhalten. Ich habe einen solchen Hals.

Vorsitzende Kirstin Korte: Da muss ich jetzt leider eingreifen.

Brigitte Balbach (lehrer nrw): Ich möchte nur noch Folgendes sagen: Es ist nicht so einfach zu verändern und neu zu gestalten. Wir müssen jetzt erst damit anfangen, peu à peu das Image der Lehrkräfte wieder zu stabilisieren. Das wird kein leichtes Unterfangen sein.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen-Weidenau):

Ich möchte noch einmal ganz konkret Ihre Fragestellung aufnehmen. Meine Auffassung ist, dass sich die Regionaldisparitäten im Bereich der Lehrerversorgung – da kann ich an das anschließen, was Sabine Mistler gesagt hat – unter den Bedingungen von Qualität und Fachlichkeit – also dem, was wir für gute Schule brauchen – durch ein solches Programm zunächst nicht lösen lassen.

Ich kann mir aber Folgendes vorstellen: Wenn die strukturellen und grundsätzlichen rechtlichen Fragen in einem neuen Diskurs eventuell neu gestaltet werden würden, kann ich mir vorstellen, dass es standortbezogen – mit Blick auf Standorte, die vom Sozialindex her besondere Belastungen aufweisen – mit multiprofessionellen Teams bzw. mit Ergänzungsteams zu einer Attraktivitätssteigerung des Standortes kommt. Dadurch könnte es möglicherweise gelingen, die eine oder andere Kollegin bzw. den einen oder anderen Kollegen dort hinzubekommen. Ich kann mir vorstellen, dass es eine Art Sekundarwirkung geben wird. Dafür aber – da schließe ich jetzt an das an, was wir vorhin alle gemeinsam weitgehend festgestellt haben – müssen Grundsatzfragen in rechtlicher Hinsicht geklärt werden.

Ich möchte gerne noch eine Ergänzung bringen. Dabei knüpfe ich an das an, was Frau Mistler sagte und auch Sigrid Beer vorhin ansprach. Es kann eine Bereicherung sein, wenn auch für Künstler bzw. Musiker – auch Kooperationen sind denkbar – Mittel zur Verfügung stehen. Damit wird aber nicht das Problem der originären Lehrerversorgung gelöst. Aus dieser Nummer kommen wir damit nicht heraus. Das alles sind lobenswerte flankierende Überlegungen bzw. Maßnahmen; das Kernproblem wird damit aber nicht gelöst.

Abschließend möchte ich noch etwas sagen, was sich auf das bezieht, was Frau Balbach gerade eben ausführte. Frau Balbach, ich muss Ihnen ein bisschen widersprechen. Es hat sich, was das Lehrerbild in der gesellschaftlichen Wahrnehmung angeht, in den letzten Jahren schon sehr viel getan. Es ist aber – auch da ist der Standortbezug wieder ein ganz entscheidender Punkt – so: Wenn man mit Kolleginnen oder Kollegen aus dem Dortmunder, Essener oder Bochumer Norden und Süden sowie mit welchen aus dem Hochsauerland spricht – das ist mein Bereich –, erkennt man, dass diese jeweils sehr unterschiedliche Wahrnehmungen haben. Je nach Schulform und Struktur vor Ort gibt es noch differenziertere Wahrnehmungen.

Es ist aus meiner Sicht ganz schwierig, hier generalisierend und pauschalisierend von *dem* Lehrerbild zu sprechen. Wenn man – das ist in der Tat so – in der Gesellschaft bzw. bei Feiern sagt, dass man Lehrer ist, hört man: Ich möchte nicht mit unseren Kindern professionell zu tun haben. Insgesamt habe ich aber den Eindruck – es wird versucht, an den richtigen Stellen dagegen anzugehen –, dass sich da – auch was die gesellschaftliche Wahrnehmung des Berufsbildes angeht – schon sehr viel getan hat.

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Herr Rock, bitte.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Frank Rock (CDU): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir sind dankbar und froh, dass die Sachverständigen hierhergekommen sind. Sie alle haben das freie Recht, das zu äußern, was sie wollen. Dafür sind sie Sachverständige. Ich ärgere mich sehr darüber, Herr Ott, dass ihr Zwischenruf hier vollkommen daneben war. Ich würde gerne eine Mitschrift des Zwischenrufes haben.

(Anmerkung des Protokollführers: Der Zwischenruf war akustisch nicht zu verstehen.)

Sie unterstellen uns hier den Kauf der Stimme von Frau Balbach. Das geht hinten und vorne nicht. Entweder entschuldigen Sie sich direkt, oder wir werden weitere Schritte einleiten.

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich weise noch einmal darauf hin, dass es für die Anhörung grundsätzlich Wortprotokolle gibt. – Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Ich muss ehrlich sagen, dass ich mich sehr geärgert habe. Denn die Art und Weise, dass man sich als Abgeordneter von Menschen, die gehört werden, um ihre fachliche Expertise abzugeben, sozusagen beschimpfen lassen muss, hat mich persönlich sehr verletzt. Deshalb hatte ich dazu eine emotionale Reaktion. Dafür entschuldige ich mich. Das war nicht in Ordnung. Ich finde nur trotzdem, dass wir in der Auseinandersetzung erwarten können, dass sich die Sachverständigen uns gegenüber mit dem Thema beschäftigen. Ich fühle mich schon – ich bin selber Lehrer – davon angegriffen, wenn gesagt wird, dass ich dazu beigetragen habe, das gesamte Lehrerbild „versifft“ zu haben. Das ist, finde ich, nicht in Ordnung. Deshalb habe ich mich geärgert. Ich gebe aber zu: Das war eine Überreaktion. Ich hätte das nicht machen dürfen. Vielleicht können wir für die Zukunft gemeinsam vermeiden, dass so etwas passiert.

Vorsitzende Kirstin Korte: Wir sind hier heute zusammen, um die Sachverständigen anzuhören und nicht um untereinander Debatten zu führen. – Sigrid Beer, ist es nötig? – Dann bitte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich habe bewusst gelacht, Frau Balbach, weil wir in gutem Diskurs – nicht einig in der Meinung, aber in gegenseitiger Wertschätzung – das dann auch in der Zuspitzung hören können – so oder so. Die Zuspitzung kann man nur mit Humor nehmen. Sonst würde ich sagen: Sie bewerben sich als Pressesprecherin bei der Landesregierung oder so.

Vorsitzende Kirstin Korte: Wir befinden uns in der Geschäftsordnungsdebatte. Nur zu diesem Thema bitte!

Sigrid Beer (GRÜNE): Und das mit Humor und all dem, was damit verbunden ist. Dazu gehört dann auch genauso wenig – Geschäftsordnung, Herr Kollege Rock – die

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Frage des Notenverteilers an Experten. Wir sollten uns alle gemeinsam an die Kandare nehmen. Dann ist es, glaube ich, gut; und dann können wir anders fortfahren.

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich bitte darum, dass wir das jetzt nicht ausufern lassen.

Frank Rock (CDU): Der Kollege Ott hat darauf geantwortet. Dann sollte ich – es tut mir leid – auch noch die Chance haben zu antworten. Herr Ott, wir nehmen Ihre Entschuldigung soweit an. Ich möchte nur noch kurz den Unterschied herausarbeiten. Wenn Sie die Äußerung einer Kollegin auslegen, kann ich das verstehen. Ich habe mich in meinem Fall auch an Frau Schäfer gewandt. Sie haben sich aber an uns gewandt.

Liebe Frau Beer, dass Sie sich das Recht nehmen, hier zu reden, obwohl Sie gar nicht dran sind, halte ich, was den Umgang unter den Kollegen angeht, eigentlich nicht für richtig. Das ist sehr schade. Sie machen das nicht zum ersten Mal. Ich beende das aber hiermit.

Vorsitzende Kirstin Korte: Jetzt sollten wir das beenden und wieder zu einer sachlichen Auseinandersetzung kommen. Frau Hannen, Sie sind mit Ihren Fragen an der Reihe.

Martina Hannen (FDP): Für diese Sache bin ich genau die Richtige. – Das einzig Positive, was wir aus dem heraus entnehmen können, was gerade geschehen ist, ist, dass wir alle hochengagiert sind. Wir wollen – ob wir nun Sachverständiger oder Abgeordneter sind – doch genau das Gleiche, nämlich perfekte Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler bzw. eine perfekte Ausgangssituation für unsere Schulen. Sie haben insofern mehr Einendes als Trennendes. Das mit dem „sachlich“ habe ich gut hingekriegt, oder?

(Zuruf: Ja!)

– Prima, vielen Dank. – Ich versuche an das anzuknüpfen an das, was Sie, Frau Mistler, gerade eben gesagt haben. Da ging es um die Situation in den Sekundarstufen I und II sowie um andere Dinge, die greifen. Sie sagten, die Landesregierung sei auf einem guten Wege, dieses oberste Ziel zu erreichen, die unbesetzten Stellen durch verschiedene Programme besetzen zu können. Ich möchte Sie, Frau Mistler, und auch Frau Balbach, fragen, inwiefern Sie das Empfinden haben, dass erste Schritte hin zu dem obersten Ziel, das wir haben, unbesetzte Stellen besetzen zu können, greifen. Greifen die genannten Programme? Sind sie schon spürbar angekommen?

Sabine Mistler (Philologen-Verband NRW): Ich kann in dem Zusammenhang nur für die Schulform Gymnasium sprechen. Zum Teil können Kolleginnen und Kollegen bei uns nicht eingestellt werden, weil wir zurzeit einen Überhang haben. Ich betone aber, dass das kein fachspezifischer Überhang ist; vielmehr handelt es sich bei uns eher um

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

ein Problem. Wir haben bislang nicht viele Kollegen aus dem Gymnasialbereich, welche die Grundschulausbildung machen bzw. in die Grundschulen gehen. Bei den Sekundarstufe-I-Schulen hält es sich, glaube ich, von der Anzahl her auch noch in Grenzen. Das hat unterschiedliche Gründe. Dabei geht es auch um die Motivation der Gymnasiallehrer, die sich vielleicht gar nicht in der Lage fühlen, Grundschulkindern unterrichten zu können. Das ist auch für mich eine Profession, die gelernt sein will. Insofern gibt es, glaube ich, bei unseren Kolleginnen und Kollegen eine Zurückhaltung, wenn es darum geht, zunächst an die Grundschulen zu gehen. Das wird auch durch die Zahlen ausgedrückt. Die letzte Zahl habe ich aber nicht genau im Kopf.

Wir vonseiten der Personalräte können nicht zufrieden sein, wenn es Kollegen gibt, die ihre Pensionierung hinausschieben. Das blockiert andererseits wiederum die Einstellungsmöglichkeiten. Wenn Pensionäre über FleMiVu-Mittel für einige Stunden in die Schule zurückgehen, ist das gleichwohl eine gute Möglichkeit. Das wird jetzt sehr stark unterstützt bzw. subventioniert. Diese Lösung ist gut. Sie führt zu Zufriedenheit bei den Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht komplett in den Ruhestand gehen. Vor allen Dingen führt es auch zur Zufriedenheit in den Schulen. Da bin ich wieder bei meiner Fachlichkeit. Wir stützen das, wenn ausgebildete Kollegen an den Schulen – auch an den Gymnasien – einen qualitativ guten Unterricht machen. Das ist – neben anderen Maßnahmen, die Sie bereits angegangen sind – etwas, was durchaus ein weiterer Schritt in eine positive Richtung ist.

Ich möchte nur noch eine Sache erwähnen, wenn ich es darf. Es geht darum, dass wir über multiprofessionelle Teams sprechen. Meines Wissens nach geht es hier um ein anderes Haushaltskapitel und insofern um den Rückbezug auf die Gelder. Darüber muss man an anderer Stelle in einem anderen Zusammenhang sprechen. Auch da haben Sie, wenn ich es richtig weiß, durchaus die Mittel erhöht. Ich denke, das sind Dinge, an denen man schrauben kann. Mit einer übergangsweisen Besetzung bzw. einer Andersverwertung der Gelder kommt man uns überhaupt nicht – weder was Qualität anbelangt noch in Bezug darauf, was die Bedürfnisse der Schulen vor Ort angeht – entgegen.

Brigitte Balbach (Lehrer NRW): Bei uns ist noch kein Wandel erkennbar. Die Stimmung ist nach wie vor schlecht, weil – das ist einfach so – die Veränderungen bzw. Umsteuerungen, mit denen begonnen wurde, noch nicht unten ankommen. Was einige Stellen angeht, gibt es die Absicht. Es wird geguckt. Uns macht aber zu schaffen, dass wir nicht genug Lehrkräfte – und deshalb zum Beispiel auch keine Differenzierung in dem Maße, wie es gewünscht ist – haben können. Auch haben wir bei schwierigen Fällen keine Hilfestellung. Des Weiteren geht es mit der Inklusion sehr schleppend voran. Die Absicht ist – das kann man auch anhand des Erlasses erkennen – vorhanden, aber die Umsetzung ist nur schwer durchzuführen, weil wir einen eklatanten Lehrermangel und noch keine Chancen haben, an der Stelle umzusteuern.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Vorsitzende Kirstin Korte: Damit sind wir mit der ersten Runde durch, und es folgt eine zweite Runde. – Das Wort hat zunächst Herr Ott, danach ist Frau Beer an der Reihe.

Jochen Ott (SPD): Ich möchte noch auf Folgendes hinweisen: Wir haben bewusst jemanden aus einer Grundschule eingeladen, denn ich glaube – das ist jetzt sehr deutlich geworden –, dass es unterschiedliche Ansatzpunkte gibt. Die Berufskollegs haben es auch anders formuliert. Ich sehe mich als Abgeordneter nicht nur als Vertreter des bestehenden Systems, wie Schule organisiert ist, sondern wir haben auch den Anspruch, dort etwas zu verändern, wo es verändert werden muss. Sie alle haben beschrieben, was nicht geht. Das ist fast so wie bei den Beamten im Ministerium. Dafür ein herzliches Dankeschön. Wir werden nächste Woche Vorschläge zum Thema „New Deal“ machen.

Ich habe jetzt eine Frage an die Vertreterin der Grundschule, Frau Brockerhoff, sowie an Frau Schäfer. Sie haben gehört, dass es an Gymnasien ein paar Fachprobleme, aber insgesamt nicht wirklich viele Probleme gibt. Können Sie die Mangelsituation bei den anderen Schulformen beschreiben und vielleicht deutlich machen, in welcher Größenordnung sie jetzt schon in bestimmten Schulen angekommen ist? Sind Sie der Meinung, dass man dieses Problem kurzfristig anders lösen kann? Denn wir können in der Tat keine Lehrer herbeizaubern. Insofern lauten die Fragen: Welche Alternativen gibt es aus Ihrer Sicht noch? Wie sehen Sie das: Ist das bei anderen Schulformen anders? Ich habe Herrn Greshake vergessen, weil auch er von einer Schulform kommt, die mit der Frage der Kapitalisierung wahrscheinlich anders umgehen kann.

Uschi Brockerhoff (Gemeinschaftsgrundschule Kunterbunt, Köln): Ich beschreibe das auf der Grundlage meines Systems „Grundschule“. Da sind wir auf einer anderen Ebene aktiv. Ich beschreibe das – auch im Hinblick auf die Aufgabe der Inklusion – aus der Situation von Brennpunktschulen oder von Schulen mit hohem sozialen Index.

Ich glaube, wir machen vor Ort an meiner Schule einen verdammt guten Job. Wir sind sehr anerkannt und bilden Lehrer in beiden Professionen – in den Bereichen Grundschule und Sonderpädagogik – aus. Bei uns gibt es multiprofessionelle Teams. Wir haben dazu aber auch noch ein weitreichendes anderes Angebot. Dieses Angebot besteht nicht in herkömmlichem Unterricht, gehört aber auf jeden Fall zur Bildung mit dazu. Das erhöht die Chancen für Kinder aus benachteiligten Lebenssituationen, Bildungsanschluss an die Kinder zu bekommen, die von zu Hause aus all diese Dinge mitbekommen haben. Wir finanzieren das im Augenblick nur über Fördermittel bzw. Stipendien. Jetzt führen wir ein ganz großes Projekt mit der Offenen Jazzhochschule durch, wo neun Künstler und Lehrer zusammen gemeinsam Unterricht machen. Dabei werden die Kinder an Fähigkeiten herangeführt, die Lehrer allein nicht vermitteln könnten. Wir brauchen dafür an den Schulen andere Professionen.

Die entsprechenden Projektmittel laufen bald aus. Es gibt schon eine Verlängerung. Die RheinEnergieStiftung und die Kreissparkasse sind mit dabei. Es handelt sich um

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

eine Mischung von Förderansätzen. In Köln gibt es dazu eine große Spendenaktion. Wir befinden uns immer wieder – von Jahr zu Jahr – in der Situation, uns zu fragen, ob wir das unseren Kindern noch bieten können. Diese Diskussion gibt es nicht nur an unserer Schule. Generell geht es um folgende Fragen: Braucht Bildung nicht mehr? Braucht Bildung nicht auch noch zusätzliche Möglichkeiten und auch zusätzliches Personal?

Ich kann das schlecht gegeneinander abwägen, denn wir wissen alle, dass auch der Raum ein Pädagoge – und zwar ein wichtiger – ist. In unserer Schule haben wir für Kinder mit Wahrnehmungsstörungen – in jeder Klasse befinden sich sechs bis sieben Kinder mit Förderbedarf – zu wenig Raum bzw. zu wenig attraktive Räume. Es muss gleichermaßen Attraktivität für Lehrer und Kinder geben. Davon sind wir noch weit entfernt. Woher die Gelder kommen, ist mir egal. Sie müssen da sein, und die Organisation muss so sein, dass Kinder keine Nachteile haben. Ich glaube, dass es da viele Möglichkeiten gibt.

Sie sagen, dass das unterhalb eines Zeitraumes von drei Jahren sein müsse. Wenn ich mit Künstler Verträge machen würde, würden die keine länger laufenden Verträge wollen. Denn die sind auf dem Weg. Das sind keine Kollegen, die auf Dauer in der Schule arbeiten wollen. Sie arbeiten projektorientiert. Wenn die für zwei oder drei Jahre eine Sicherheit haben, ist das für diese Menschen in dem Bereich eine hervorragende Situation.

Ich glaube, man muss immer darauf gucken: Was braucht die einzelne Schule? Was braucht der Standort? Was benötigen Kinder, damit sie nicht zurückbleiben? Was brauchen Kinder, damit sie zu dem kommen, auf das sie ein Recht haben? Ich glaube, wir brauchen alle diese Kinder. Wir brauchen Kinder, die einen hervorragenden Schulabschluss haben und einen hervorragenden Weg gegangen sind.

Dorothea Schäfer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Herr Ott, herzlichen Dank für die ergänzenden Fragen. – Es ist tatsächlich so, dass die Mangelsituation bei den Schulformen sehr unterschiedlich ist. Der Schulausschuss hat, glaube ich, heute den Bericht zur Unterrichtsversorgung bekommen. Anhand dieses Berichtes kann man erkennen, wie die Stellenbesetzung ist. Dazu können wir sagen: Wir haben Schulformen, die sehr viel stärker betroffen sind. Des Weiteren gibt es auch noch in sehr viel stärkerem Maße regionale Unterschiedlichkeiten. Dazu gehören die Grundschulen, die Schulen mit der Sekundarstufe I sowie Förderschulen.

Ich war gestern auf der Personalversammlung „Förderschulen des Bezirks Düsseldorf“. Da hat der Personalrat – den Schulen sind viele Stellen zugewiesen worden - dargestellt, wie wenig der ausgeschriebenen Stellen besetzt werden konnten. Bei einigen geschah das im Listenverfahren. Die Zahlen habe ich jetzt nicht mit dabei. Das war erschreckend. Die Unterstützung ist da sehr schwierig.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Was sind die Alternativen? Wir haben bei den Grundschulen, die zusätzliche Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase bekommen haben, gesehen, dass diese Stellen nicht einfach so an alle Schulen verteilt worden sind. Vielmehr wurde nach Sozialindex vorgegangen. Die Schulen, welche es schwer haben, haben Stellen bekommen. An diesen Schulen konnten praktisch alle Stellen besetzt werden. Für Kindheitspädagoginnen und Erzieherinnen, die zum Teil auch bei den KiTas fehlen, ist es offensichtlich doch sehr attraktiv, an eine Grundschule zu gehen. Wir könnten uns durchaus vorstellen, dass man da noch mehr macht. Wenn ich eine Lehrerstelle habe und ich weiß, dass ich sie fünf Jahre lang nicht besetzen kann, muss ich etwas anderes machen. Dann kann ich nicht sagen: Jetzt warten wir ab. Die Schulen im Süden der Städte oder in den attraktiven Standorten sind besetzt. Es gibt auch gut besetzte Grundschulen.

Wir haben auch noch einmal geprüft, wie es mit Seiteneinstieg und vollständig ausgebildeten Lehrkräften ist. Das ist auch nicht gleichmäßig verteilt. Vielmehr ist es so, dass die Schulen, welche es schon schwer haben, in viel höherem Maße Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger haben.

Das, was Frau Brockhoff gerade sagte, betrifft die Trennung zwischen Sachmitteln und den Mitteln, die das Land gibt. Aus dem Dilemma kommen wir nicht heraus, wenn es keine andere Regelung gibt.

Herr Rock, was Sie sagten, ist richtig. Auch die Formulierung bezüglich des Haushaltes in unserer schriftlichen Stellungnahme haben wir richtig formuliert. Es läuft zurück. Das reduziert die Minderausgaben des Haushalts. Da habe ich einen falschen Begriff benutzt. Selbstverständlich ist es nicht die Schulsekretärin, die sich um die Ausschreibungen und die Bewerbungen kümmern muss. Ein Verwaltungsassistent aber könnte das machen. – Danke für die Korrektur.

Georg Greshake (Schulleitervereinigung Heisinger Kreis NRW, Berufskolleg West der Stadt Essen): Herzlichen Dank, Herr Ott, für die Frage zu den Berufskollegs. Aus meiner Sicht gibt es viele Puzzlestücke, die dazu führen, dass wir die Lehrerversorgung an den Schulen verbessern können. Es geht dabei auch um das Thema „Schulträger“. Ein Beispiel: In Essen bekomme ich 8 € pro Schüler, in Geilenkirchen sind es 100 €. Das macht von der Ausstattung her eine ganze Menge aus. Ich glaube, dass damit auch die Attraktivität bestimmter Schulformen bzw. Schulträger verbessert werden kann. Es ist aber so, dass die Lehrer, die in Geilenkirchen tätig sind, lieber in Aachen unterrichten würden. Das ist aber trotzdem ein wesentlicher Punkt.

Ich glaube, dass der Strukturwandel bei den Berufskollegs große Probleme aufwirft. Wir könnten zum Beispiel solche Mittel nutzen. Ich kann es anhand eines Beispiels erklären: Die Zerspaner gibt es nicht mehr. Die Zerspanerlehrer müssen umgeschult werden. Die Frage ist, ob solche Mittel für die Lehrkräftefortbildung verwendet werden sollen bzw. ob ich die umschulen kann. Wir haben im Bereich der Wirtschaftsberufskollegs in den letzten Jahren, was den Einzelhandel angeht, von acht auf drei Klassen reduziert, weil keine Ausbildungsplätze mehr zur Verfügung gestellt werden. Da sind die Lehrer vorhanden.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Wir haben bei den Berufskollegs eine völlig andere Situation. Wegen des Strukturwandels sind Kapazitäten vorhanden, die man aber nicht einfach hinüberschieben kann. Ich kann die Kollegen aus dem Wirtschaftsberufskolleg nicht an mein Berufskolleg – oder wohin auch immer – verschieben. Das heißt, dass wir da eine interne Qualifizierung vornehmen müssen. Es sind viele Lehrkräfte aus Mangelberufen vorhanden. Die Frage, wie man mit Berufskollegs umgehen könnte, betrifft ein ganz anderes Thema. Ich glaube, dass man bei 320 dualen Ausbildungsberufen und 18 Lehrämtern, was unsere Professionen angeht, keinen Vergleich zu anderen Schulformen herstellen kann.

Ich komme zu einem weiteren Puzzlestück. Wir müssen – Herr Dr. Bettscheider sagte das gerade – Schüler oft dazu animieren, Lehrer am Berufskolleg zu werden. Wenn wir die lange begleitet haben und sie es geworden sind, kommt das Seminar. Die Bezirksregierung verschickt die statt nach Essen nach Kleve. Sie treten die Stelle nicht an. Wir haben insofern sehr viel Mühe gehabt. – Wir Berufskollegs haben die Idee, junge Menschen an das Lehramt an Berufskollegs heranzuführen. Es gibt aber so viele Bedingungen, die verhindern, dass wir da Erfolg haben.

Meine These ist: Wir müssen bei den Berufskollegs noch einmal genau hinschauen. Ich glaube aber, dass die freiwerdenden Mittel für Personalentwicklung, Fortbildung und – im weiteren Sinne – auch für die Rekrutierung oder Umschulung von Kolleginnen bzw. Kollegen genutzt werden können.

Die derzeitige Personalsituation wird auch durch die Bezirksregierungen verursacht. Ich habe nicht das Gefühl, dass das Ministerium und die Bezirksregierungen in die gleiche Richtung arbeiten. Da kann man nicht alles über einen Kamm scheren. Detmold ist anders als Düsseldorf. Die Bezirksregierungen unterstehen aber dem Innenminister und nicht dem Schulministerium. Von daher bin ich der Meinung, dass viele gute Ansätze, die wir sehen, konterkariert werden. Für die Berufskollegs sehe ich aber – dabei geht es auch um den Strukturwandel – viele Möglichkeiten, dass nicht jedes Berufskolleg jeden Bildungsgang aufrechterhalten muss. Gerade im Ruhrgebiet gibt es andere Ideen als in Siegen-Wittgenstein. Insofern gibt es keine einheitliche Lösung für die jeweiligen Kollegs.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Schäfer, ich möchte präzisieren: Es ist die richtige Zustandsbeschreibung, dass Verwaltungsunterstützung an den Grundschulen grundsätzlich sehr knapp bemessen ist. Es gibt die Schulleitungsaufgaben, wo eigentlich Unterstützung benötigt wird. Ich will das politisch durchaus noch einmal zuspitzen. Herr Kollege Rock, natürlich ist das ein Sparschwein für den Finanzminister. Auch wenn es „globale Minderausgabe“ heißt, fließen die Mittel in den Haushalt zurück. Sie stehen den Schulen nicht zur Verfügung. In den schriftlichen Stellungnahmen aber ist durchgehend davon die Rede, dass die Frage der Finanzierung des Bildungssystems eine herausragende ist.

An bestimmten Stellen ist es, wenn man keine Lehrkräfte hat, eine Notmaßnahme, multiprofessionell bzw. anders zu ersetzen. Dann geht es darum, dass das über Jahre hinweg nicht besetzt werden kann, weil es anders verfrühstückt worden ist. Deswegen

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

stelle ich die Frage: Wäre es im Sinne dessen, was Rüdiger Käuser gerade gesagt hat, Unterstützungsstrukturen zu schaffen bzw. herausfordernde Standorte attraktiv zu machen? Sollte den Schulen im Prinzip zugesichert werden, dass das im Rahmen eines zusätzlichen Budgets „Sozialindex“ – oder anders – abgebildet wird? Ist es sinnvoll, dass diese Schulstellen zusätzlich zu den Lehrerstellen erhalten werden? Es müsste definiert werden, in welchem Umfang das geschehen kann, damit diese Stellen wieder mit Lehrkräften besetzt werden können, während gleichzeitig die Unterstützungsstruktur ausgebaut wird. Wäre das ein gangbarer Weg? Die Fragen gehen an Dorothea Schäfer und Rüdiger Käuser.

Dorothea Schäfer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Ich kann einfach nur Ja sagen. „Ungleiches ungleich behandeln“ ist unsere große Überschrift, um den engen Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg zu durchbrechen. Das hat diese Landesregierung auch im Koalitionsvertrag formuliert. Sie hat sich gefragt: Brauchen wir zusätzliche Stellen?

Man könnte auch die Lösung finden, nicht nur befristete Stellen zu schaffen, weil man sich sagt: In drei Jahren gibt es vielleicht wieder eine Grundschullehrerin, die eingestellt werden kann. Vielmehr ist es so, dass sich dann personell viel verändert haben wird. Das wäre also eine Möglichkeit.

Es geht um die Frage, ob man das hibekommt. Ich finde, dass der Vorschlag von Herrn Greshake sehr klug ist. Mittel für Fortbildung oder Qualifizierung zu verwenden, ist keine kommunale Aufgabe, sondern auch Aufgabe des Landes. Ich möchte an das Modellprojekt „Selbstständige Schule“ erinnern. Da sind ganz viele Sachen ausprobiert worden. Gerade die Berufskollegs haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Es war in Bezug darauf gedeckelt, wie viele Stellen kapitalisiert werden durften. Bereits damals aber – da regierten noch Schwarz und Gelb; es ging um die Zeit von 2005 bis 2010 – ist das Projekt umbenannt worden. Bereits damals war die Kapitalisierung von Mitteln für Stellen bzw. die Verwendung der Mittel für etwas anderes sehr erfolgreich. Das galt gerade für die Berufskollegs. Ich unterstütze die Ansicht, dass die sich in einer anderen Situation befinden. Dafür ist auch der Fachkräftemangel verantwortlich. Es geht dabei auch um Umschulung. Es werden Mittel benötigt, um die notwendigen Fortbildungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren. Da werden Fortbildner usw. benötigt. Das betrifft nicht den kommunalen Bereich. Es könnten durchaus auch nicht verausgabte Mittel für Stellen verwendet werden.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen-Weidenau): Ich möchte differenziert antworten: Ich meine, wir müssten als Erstes darüber nachdenken, inwiefern wir den Beruf des Lehrers – das gilt für alle Lehrämter – attraktiver machen können. Da gibt es noch viel Spielraum. Ich nenne in diesem Zusammenhang Begriffe wie „Entlastung“ und „Leitungszeit“. Wenn wir Schulleiterinnen und Schulleiter gewinnen wollen – es ist im Grunde egal, welches System wir nehmen –, muss das für junge Kolleginnen und Kollegen interessant und attraktiv sein. Des Weiteren nenne ich den Begriff „Beförderungsmöglichkeiten“. Da befinden wir uns im Gymnasium sogar

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

noch in einer relativ komfortablen Situation. In anderen Schulformen gibt es deutlich weiter Beförderungsmöglichkeiten. Außerdem geht es um die Pflichtstundenbelastung. Dabei geht es um die Frage: Wie viele Stunden muss eine Kollegin bzw. ein Kollege arbeiten? Ich denke, dass es da genug Spielraum gibt, um den Lehrberuf insgesamt attraktiver darzustellen. Dabei befinden wir uns aber wieder auf der Ebene der Landesverantwortlichkeit.

Zweitens könnte durch die Initiative des Schulträgers standortbezogen eine höhere Attraktivität für junge Lehrerinnen und Lehrer generiert werden. Ich nenne in dem Zusammenhang den Begriff „Digitalausstattung“. Wir führen gerade die Diskussion über den Digitalpakt. Die jungen Kolleginnen und Kollegen kommen in der Regel mit sehr großer Offenheit und einer sehr großen Bereitschaft, sich auf digitale Medien und auch digitale Erziehung von Schülerinnen und Schülern einzulassen. Wenn sie dann aber in ein Schulgebäude kommen, wo das WLAN nur morgens zwischen 8 Uhr und 9 Uhr funktioniert und ansonsten digitale Medien nur sehr rudimentär vorhanden sind, werden sie sehr schnell desillusioniert sein. Damit möchte ich Folgendes sagen: In diesem sekundären Bereich gibt es durchaus viele Möglichkeiten, dass Kommunen und Schulträger einen Standort attraktiver gestalten können.

Drittens komme ich zum Stichwort „Sozialindex“. Das ist, denke ich, etwas, bei dem man noch einmal nachdenken muss, inwiefern für Schulen, die sich in besonderen sozialen Brennpunktlagen befinden, in einer ausdifferenzierten Art und Weise zusätzliche Angebote gemacht werden können.

Frank Rock (CDU): Ich glaube, wir sind uns, was diese Diskussion angeht, sehr einig, dass der Antrag – zumindest was die Sachmittel und die Verknüpfung mit Schulträgeraufgaben angeht – nicht ganz so einfach aufgeschnürt werden kann und dass das Thema „Kapitalisierung bzw. Budget in den Schulen“ etwas anderes ist. Darum ist es, glaube ich, für uns alle sehr schwer, genau den richtigen Punkt zu treffen.

Ich möchte aber – das ist, finde ich, ganz entscheidend – zu den Ausführungen von Frau Mistler und Herrn Käuser eine Nachfrage stellen. Es geht hier um Befristung. Wir wollen, dass der Lehrermarkt zukünftig wieder bedient werden kann. Wir haben multi-professionelle Teams, die in den verschiedensten Schulformen in unterschiedlicher Art tätig sind. Ich gebe Frau Brockerhoff recht, dass das nicht miteinander verglichen werden kann, weil es ganz unterschiedliche Zielrichtungen gibt.

Wir könnten in Bezug auf den Grund der Anhörung sagen: Wir schaffen einfach Stellen, gehen – ohne einen Grund dafür zu haben – in eine direkte Befristung hinein und belegen die Lehrerstellen mit diesen befristeten Stellen, die irgendwann frei werden. Ich würde gerne von Ihnen beide – für den Philologen-Verband und von der Direktorenvereinigung – Ihre Meinung dazu gehört. Meine Nachfrage bezieht sich nur auf den Antrag.

Sabine Mistler (Philologen-Verband NRW): Wir haben in unserer Stellungnahme gesagt, dass wir der Auffassung sind, dass die Stellenbesetzung ein Binnengeschäft sein soll. In dem Zusammenhang ist ganz klar: Wenn es eine befristete Stelle gibt,

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

muss ich sehr genau darauf achten, dass zum Beispiel Personen, welche diese Stelle bekleiden, sich über mindestens drei Jahre hinweg nicht in einem Beschäftigungsverhältnis des Landes NRW befunden haben. Damit habe ich den Bewerberkreis sehr stark eingeschränkt. Diese Kolleginnen und Kollegen warten nicht jahrelang auf der Straße. Wenn ich diese Personen in der Schule haben, kann ich den Lehrermangel dadurch nicht beheben; er wird auf der anderen Seite sogar noch verstärkt.

Wenn ich die Stellen mit diesen Personen besetze und es zu einer Entfristung kommt, gibt es – wir haben gerade über die ländlichen Bereiche gesprochen – ein viel größeres Problem als das jetzt bestehende. Ich habe da vor allen Dingen für unsere Schulform gesprochen. Letztendlich aber ist das Problem der möglichen Entfristung, das sich daraus ergibt, unserer Auffassung nach nicht unerheblich.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen-Weidenau): Ich kann mich dem ohne Einschränkung anschließen. Das Problem der Lehrerversorgung lässt sich, glaube ich, auf diesem Weg so nicht lösen. Dabei geht es um die beschriebenen rechtlichen Fragestellungen. Ich möchte auch noch einmal auf Folgendes hinweisen: Wenn es uns darum geht, für die Zukunft eine qualitativ hochwertige fachliche Lehrerversorgung in allen Schulform zu generieren, ist das kein Weg. Es ist ein Weg, um einen Übergang zu schaffen bzw. um möglicherweise eine Notsituation an der einen oder anderen Stelle zu beheben; aber perspektivisch und längerfristig ist das keine Lösung.

Alexander Brockmeier (FDP): Ich richte meine erste Frage an Herrn Käuser. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass die derzeit existierenden Förderprogramme des Landes angemessen seien. Auch haben Sie gerade den Digitalpakt bzw. die Digitalisierung – Stichwort „Attraktivität des Berufes“ – angesprochen. Was erwarten Sie ganz konkret von dem Digitalpakt? Wie muss er ausgestaltet werden? Diese Frage stelle ich auch an Frau Balbach und Frau Mistler.

Brigitte Balbach (lehrer nrw): Wir erwarten erst einmal, dass das Geld überhaupt kommt. Des Weiteren erwarten wir, dass darauf geguckt wird, was zu tun ist. Sicherlich gehört die Ausbildung der Kolleginnen und Kollegen dazu. Es muss entsprechende Hilfestellungen geben, was die Hardware anbetrifft. Außerdem müssen wir schauen, wie viel Geld hier im Land lockergemacht wird, um Geräte zu stellen. Auch muss festgestellt werden, was vorhanden ist. Es gibt an der einen oder anderen Schule – auch im S-I-Bereich – durchaus schon ein sehr großes Know-how. Die Kolleginnen und Kollegen haben an der Stelle von sich aus bereits sehr viel geleistet. Ich glaube, dass das zusammengeführt werden muss.

Ich sehe es als sehr positiv an, dass die Datenschutzbeauftragte des Landes jetzt mit einbezogen ist. Das, was wir damals kritisiert haben, wird jetzt – so hoffe ich jedenfalls – richtig eingestiebt. Dabei geht es darum zu hören, was alle Beteiligten an der Stelle zu sagen haben und dass sie mit die Oberaufsicht führen müssen. Sie sollten

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

beteiligt sein. Ich hoffe, dass wir dazu kommen, ein Feld zu beschreiten, dass, was die Verantwortung hinterher anbetrifft, keine großen Schwierigkeiten machen wird.

Sabine Mistler (Philologen-Verband NRW): Wir erwarten einen sehr guten Plan. Dieser Plan muss umfassen, dass auf jeden Fall eine sehr gute Ausstattung an den Schulen vorhanden ist. Dabei geht es um ein schnelles WLAN. Des Weiteren brauchen wir Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer. Ich denke, dass nicht nur die Hardware stimmen muss, sondern auch die Software. Damit meine ich auch, dass einerseits über den Digitalpakt finanzielle Mittel gegeben werden, dass andererseits aber auch die inhaltlichen Expertisen – zum Beispiel über Fortbildungssysteme – gestützt werden müssen, um Lehrerinnen und Lehrer insoweit fortzubilden, dass das Lernen mit digitalen Medien nicht nur zur Fähigkeit führt, die Geräte zu bedienen, sondern auch zu einer substantiell-inhaltlich-pädagogisch sehr guten Arbeit.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen-Weidenau): Im Moment ist, glaube ich, in den Schulen – das behaupte ich jetzt einmal –, der Erwartungsdruck bei den Lehrerinnen und Lehrern – besonders bei denen der jüngeren Generation; wir haben in fast allen Schulformen in den letzten Jahren viele junge, engagierte Kolleginnen und Kollegen eingestellt – enorm hoch. Wenn das, was jetzt politisch nachvollziehbar in Bezug auf die Gemengelage zwischen Bund, Land und Kommunen auf den Weg gebracht worden ist, in den nächsten Jahren vor Ort wieder nicht ankommt, besteht die Gefahr, dass – auch wiederum standortbezogen differenziert – bei den Kolleginnen und Kollegen eine sehr große Frustration entsteht.

Ich nenne als Beispiel meine Schule, die im Norden von Siegen gelegen und dreizügig ist. Den MINT-Zweig können wir nur zeitweise bedienen, weil die Versorgung über das Internet bzw. das WLAN-System so katastrophal ist, dass meine Kolleginnen und Kollegen bei allem Möglichen so tricksen müssen, damit eine Arbeit überhaupt möglich ist. Damit möchte ich Folgendes sagen: Es wird genau darauf geschaut werden, was versprochen worden ist. Da ist viel versprochen worden. Wenn das alles läuft bzw. wenn der Plan umsetzbar ist, kann das eine ganz tolle Sache werden. Der Erwartungsdruck ist aber, wie gesagt, enorm hoch. Das geht bis hin zur Frage der digitalen Dienstgeräte: Wer finanziert am Ende die Endgeräte? Auch das Problem ist nach wie vor nicht gelöst. Des Weiteren ist zu klären, wer für den Support zuständig ist. Wir befinden uns also ganz schnell in Bereichen, wo es um die Gemengelage zwischen den Zuständigkeiten geht.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank an alle, dass Sie sich so kurz gefasst haben. Sicherlich sind noch viele Fragen offen, die gestellt werden könnten. Das werden wir nicht schaffen. Da Sie als Sachverständige für uns besonders wichtig sind und sicher auch noch etwas auf dem Herzen haben, was nicht gefragt wurde oder was Sie gerade nicht unterbekommen haben, werden wir jetzt noch einmal jeder und jedem von Ihnen in alphabetischer Reihenfolge drei Minuten geben. Wir wissen, dass dieses Thema – wenn es darum geht, was alles für die Schulen bzw. die Kinder gebraucht wird – nahezu uferlos ist. Von daher bitten wir Sie, sich auf unser Thema – dabei geht

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

es darum, dass nicht verausgabte Mittel Schülerinnen und Schülern zugutekommen sollen – zu beziehen. – Wir beginnen mit Frau Balbach.

Brigitte Balbach (lehrer nrw): Ich habe mir etwas herausgesucht, die ich an anderer Stelle vortragen wollte. Dann wurde es aber irgendwie zu lang. Dabei geht es um die Frage, was wir im Hinblick auf die künftigen Kolleginnen und Kollegen noch tun können, um den Lehrkräftemangel zu beseitigen. Ich glaube, dass viele Lehrkräfte, die an anderer Stelle tätig sind, von diesen Stellen zurückgeholt werden sollten. Dabei geht es beispielsweise um Kompetenzteams, Beratungsaufgaben, Tätigkeiten als Moderatorinnen und Moderatoren sowie in Bezirksregierungen und Landesinstituten und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Digitalisierung.

Es laufen sehr viele für das Kollegium wichtige Kolleginnen und Kollegen herum, die anderweitig – übrigens auch in „Qualis“ -beschäftigt sind. Wenn man die einmal zusammenführen und ermitteln würde, wie viele das sind, könnte man darauf schauen, ob man diese Kolleginnen und Kollegen für einen bestimmten Zeitraum zurückführt, bis die Kollegien wieder aufgefüllt sind. Ich glaube, dass das prozentual nicht so wenige sind, wie Sie sich das jetzt gerade vorstellen. Ich halte es für ein äußerst probates Mittel, all diejenigen, die ausgebildete Lehrkräfte sind, für die genannten Aufgaben einzusetzen. Das wäre mein aktueller Vorschlag.

Dr. Uwe Bettscheider (Ritzefeld-Gymnasium Stolberg): Auch ich denke, dass sich mit der Umsetzung dieses Antrags der Lehrermangel nicht beheben lässt. Das war wahrscheinlich auch gar nicht die Intention. Wenn Sie den Lehrermangel beheben wollen, geht es im Wesentlichen um folgende zwei Punkte: einmal um das Bild des Lehrers in der Öffentlichkeit und andererseits um die Arbeitsbedingungen des Lehrers. Frau Balbach, obwohl ich Ihnen bei fast allem, was Sie vorgetragen haben, zustimme, muss ich Ihnen in diesem Punkt widersprechen.

Ich bemerke an meiner Schule sowohl bei den Eltern – wir hatten gestern eine Schulpflegschaftssitzung – als auch bei den Lehrern, dass man das Gefühl hat: Es kehrt langsam Ruhe ein. Die Probleme werden sortiert. Der Lehrermangel ist ja auch ein dickes Brett.

Wir haben hier über multiprofessionelle Teams diskutiert. Es gibt bei uns drei verschiedene Schulformen nebeneinander. Ich will niemandem zu nahe treten, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass alle hier Anwesenden in der Lage sind, darüber zu entscheiden, ob Schulen multiprofessionelle Teams brauchen oder nicht. Das kann noch nicht einmal das Ministerium. Ich glaube, die Schulen vor Ort wissen am besten, was sie brauchen und wie sie ihr Geld einsetzen sollen. Es könnte so sein, dass man für eine bestimmte Zeit mehr Sachmittel als Personalmittel braucht.

Ich beobachte immer wieder Folgendes: Wir denken im alten System, um neue Probleme zu lösen. Wenn heutzutage jemand Schule erfinden würde, würde er mit Sicherheit nicht diese Organisationsform – ich spreche jetzt nicht über Gesamtschule oder Gymnasium – wählen. Ich finde es schön, dass Sie – ich weiß aber nicht, ob das auf alle zutrifft – zustimmen. Das hat mir aber in den letzten Jahren ein bisschen gefehlt.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Wir müssen nur ein wenig darauf schauen, wie es die Niederländer oder die Schweizer machen. Von denen kann man sehr viel lernen. Die haben auch Lösungen für kleinere Systeme gefunden, wie man so etwas angehen kann. Wenn ich vom Ministerium, sofern ich etwas vorschlage, höre, dass das rechtlich nicht geht, kann ich das schon nachvollziehen. Das ist ja die Exekutive. Aber auf Englisch nennt sich Ihr Beruf „law maker“. Es liegt in Ihrer Hand, ob etwas rechtlich geht oder nicht. Daran können Sie alle arbeiten.

Kurz gesagt: Für uns ist es kurzfristig, um den Lehrermangel ein wenig abzumildern, ganz wichtig, dass wir eine verlässliche Personalplanung durchführen können. Ich sage es noch einmal ganz direkt: Es gibt einen kindischen Streit um die Frage, ob es sich um innere oder äußere Schulverantwortlichkeiten geht. Das Land sagt: Die Kommune muss bezahlen. Dagegen sagt die Kommune: Das Land muss bezahlen. Am Ende handelt es sich doch um Steuergelder. Es muss darüber entschieden werden, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Wie Sie das dann untereinander machen bzw. wie Sie das mit den Gemeinden regeln, ist Ihr Problem. Das sollte aber nicht die Problemlösungen hemmen.

Uschi Brockerhoff (Gemeinschaftsgrundschule Kunterbunt, Köln): Ich kann mich meinem Vorredner anschließen. Er hat viel vorgetragen, was auch ich hätte sagen können. Ich denke, Qualität sollte der oberste Maßstab sein und dazu führen, dass man sich auf Maßnahmen einigt, die gelten. Es ist gerade schon gesagt worden: Das Fortbildungsbudget muss auf jeden Fall für alle Schulen wesentlich erhöht werden.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass man wieder Leute aus verschiedenen Strukturen herausnimmt, die man geschaffen hat, um Fortbildung sicherzustellen. Wenn ein System 30 Leute umfasst und es im Jahr 2.500 € für Fortbildung gibt, kann man sich vorstellen, was damit geleistet werden kann – nämlich viel zu wenig.

Wenn Attraktivität geschaffen werden soll, sollte, denke ich, auch die Besoldung der Grundschullehrer ein Thema sein. Darüber wird diskutiert. Es kann nicht sein, dass Grundschullehrer verschiedene Besoldungen haben. Da muss es eine Verbindlichkeit geben, damit all die, welche einen hervorragenden Job machen, entsprechend bezahlt werden.

Bei den Grundschulen gibt es die höchste Unterrichtsverpflichtung bei der geringsten Besoldung. Das ist meiner Ansicht nach immer noch ein Thema. Wenn man Lehrer an die Schulen holen will, müsste man schauen, ob man daran etwas verändern kann.

Wir haben nun einmal – das hat verschiedene Ursachen – zu wenig Lehrer. Ich finde, es ist, wenn man das kompensieren will, wichtig, nicht zu sagen, dass andere das nicht können. Vielmehr sollte es Schulen nicht verwehrt werden, diejenigen, die es können und in sie hineingehören, weil man im Rahmen des Schulprogramms dafür eine Perspektive sieht, einzustellen. Das muss ermöglicht werden. Darum bitte ich.

Die Schulen brauchen das. Es gibt in Köln genug Schulen, die massiv unterbesetzt sind. Die können nicht nur warten, bis wieder Lehrer da sind, sondern sie brauchen eine reale Perspektive. Sie müssen Hilfe bekommen, ansonsten werden aus ihnen Kinder

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

entlassen, bei denen zu Recht gefragt werden kann: Was haben die Grundschulen da gemacht? Und was haben die anderen Regelschulen gemacht? – Alle Kinder haben das gleiche Recht, nicht nur besondere Kinder.

Georg Greshake (Schulleitervereinigung Heisinger Kreis NRW, Berufskolleg West der Stadt Essen): Ich plädiere – ebenso wie in meiner Stellungnahme – dafür, dass es ein Personalbudget gibt. Da schließe ich mich Herrn Dr. Bettscheider an. Ich glaube, dass vor allem die Berufskollegs dieses Personalbudget brauchen. Wenn es zum Teil nicht durch besetzte Stellen kapitalisiert werden kann, kann man – darauf möchte ich hinweisen – diese Gelder nur für Personaldinge ausgeben. Auch möchte ich dem Land nicht auf Dauer mehr Geld entlocken. Es kann auch gerne nach drei oder vier Jahren in Bezug auf das abrechnen, was ich genommen habe. Ich hätte aber die Möglichkeit gehabt, eine langfristige Personalplanung zu machen.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der vom Kollegium und vom Alter abhängt. Es gibt Kollegien, die sehr viele angestellte Kolleginnen und Kollegen haben, die auf Dauer – auch berechtigt – krank sind, aber alle drei Wochen für drei Tage kommen und dann wieder weggehen, weil sie sonst unter die Krankengeldregelung fallen. Ich fände es gut, dass Gelder vorhanden sind, die man nicht über flexible Mittel abgreifen kann. Es können nur Dauerkranke über flexible Mittel ersetzt werden. Da sollte man Möglichkeiten finden, genau auf die einzelne Schule zu gucken und zu sagen: Du hast drei bis vier Kolleginnen bzw. Kollegen, die eigentlich dauerhaft krank sind, aufgrund ihres Tarifvertrages das aber nicht dauernd bleiben. Da fällt sehr viel Unterricht aus, den man durch solche Mittel an der Schule gegebenenfalls sicherstellen kann, um die Qualität zu sichern.

Ich komme zum letzten Punkt. Die Berufskollegs – vor allem die technisch-gewerblichen – arbeiten zu 60 % bis 70 % mit Seiteneinsteigern. Ich möchte auf diese Kollegen nicht verzichten. Die bringen eine hohe Fachkompetenz mit. Bis die aber vom Ingenieur zum Lehrer kommen, dauert das vier bis fünf Jahre. Eigentlich ist vonnöten, dass solche Mittel, die nicht ausgeschöpft werden, in einer dritten Phase der Qualitätssicherung eingesetzt werden. Ich möchte also das ganze Geld immer nur für die Fortbildung und Qualifizierung von Kollegen einsetzen. Dafür gibt es, glaube ich, gute Möglichkeiten.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen-Weidenau): Ich möchte meine persönliche Bilanz in vier Begriffen zusammenfassen und fange mit dem an, was sich mir auch vor dem Hintergrund des Antrags – Stichwort „Kapitalisierung“ – erschlossen hat. Wenn dieser Weg weitergegangen werden soll – es ist sinnvoll, darüber nachzudenken –, müssen zunächst die rechtlichen Fragen in Bezug auf das Zusammenspiel zwischen Land und Kommunen geklärt werden. Wir haben aber, glaube ich, alle festgestellt, dass es da sehr weit ins Mark hineingeht. Das scheint mir ein ganz zentraler Punkt zu sein, der aber politisch und juristisch geklärt werden muss.

Der zweite für mich wichtige Punkt ist mit der Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs verbunden. Diesbezüglich gibt es, glaube ich, noch viele Möglichkeiten. Dabei geht es

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

zum Beispiel um die Stichwörter „Entlastung“, „Leistungszeit“ und „Pflichtstunden“. Man kann da vieles tun. Da gehört das mit hinein, was mein Vorredner gerade noch einmal völlig zu Recht angesprochen hat, zum Beispiel eine Verlässlichkeit bei der Planung von flexiblen Mitteln. Stichwörter „Erziehungszeiten“ und „Mutterschutz“. Das ist für uns eine ganz wichtige Bank. Von den fünf Bezirksregierungen wird das leider sehr unterschiedlich gehandhabt. Für uns als Schulleiterinnen bzw. Schulleiter ist das insofern eine Bank, als wir damit auch Stammkolleginnen und -kollegen entlasten können, die ansonsten Mehrarbeit leisten müssen.

Ich komme zum dritten Punkt, zu den Arbeitsplatzbedingungen vor Ort, die man in den Blick nehmen bzw. in den Griff bekommen muss. Auch das hat etwas mit Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs zu tun. Insofern stellt sich die Frage eines Sozialindex. Auch ist zu fragen: Wie sinnvoll und notwendig sind solche Bildungszusatzangebote, die wir jetzt an vielen Stellen anhand vieler Beispiele besprochen haben. Auch da gibt es sehr große Unterschiede. Da sind aber die Kommunen wieder mit im Boot.

Ich möchte meinen letzten und vierten Punkt – das haben bereits einige Vorredner angesprochen – hervorheben: Natürlich ist das Investment in Fortbildung auf jeden Fall sinnvoll. Auch vor dem Hintergrund der juristischen und politischen Struktur ist es am einfachsten darstellbar.

Sabine Mistler (Philologen-Verband NRW): Ich kann mich meinen Vorrednerinnen bzw. Vorrednern teilweise anschließen. Als Erstes ist für mich – unter dem Vorzeichen des Antrags, der hier gestellt wurde – der Punkt „langfristige Perspektive“ wichtig. Damit ist auch die passende Zuführung in das richtige Haushaltskapitel verbunden. Dabei geht es um multiprofessionelle Teams etc. Ich denke, dass es da sicher noch Luft nach oben gibt, obwohl die Landesregierung hierfür schon Gelder zusätzlich bewilligt hat.

Erstens. Ich würde mich meiner Vorrednerin Frau Balbach nicht völlig anschließen, was das Herausnehmen der Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Bereichen angeht. Das würde ich aber mit mehr Lehrerstellen oder mehr Einstellungsmöglichkeiten verbinden wollen, damit Kolleginnen und Kollegen, die in anderen Bereichen arbeiten, da ihre Expertise einbringen können. Nichtsdestotrotz darf die Schule darunter nicht leiden. Deswegen könnte man damit durchaus das Lehrerstellenpotenzial erhöhen.

Ich komme zweitens zur Attraktivität. Meinem Vorredner Herrn Käuser kann ich mich da zu 100 % anschließen. Ich unterstreiche alle Punkte, die er gerade – was das Vorfeld der Erhöhung der Attraktivität angeht – angesprochen hat. Das hat ganz viel mit Entlastung sowie auch damit zu tun, dass man die Mittel im Anrechnungstopf erhöhen könnte, damit man in den Schulen entsprechend umverteilen und hochbelastete Kolleginnen und Kollegen entlasten kann.

Drittens wären für mich stabile Strukturen wichtig. Es sollte kein Hin und Her, sondern eine Planungssicherheit geben. Man sollte mit den Geldern arbeiten können. Sie sollten perspektivisch genutzt werden können.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Über allem steht – das ist der vierte und letzte Punkt, mit dem ich schließen möchte – für mich der Begriff der Qualität. Ich glaube, dass – egal welche Veränderungen oder Anpassungen wir vornehmen – die Qualität immer einen ganz besonderen Stellenwert bei der Ausbildung und Bildung unserer Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer haben muss.

Dorothea Schäfer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Ich möchte auf drei Punkte zu sprechen kommen. Aus unserer Sicht muss das Verhältnis zwischen kommunaler Finanzierung und Landesfinanzierung langfristig neu justiert werden. Da kommen wir nicht drum herum. Man könnte in dem Zusammenhang noch Stichwörter nennen, die hier keine so große Rolle gespielt haben, zum Beispiel „Ausbau des Ganztags“ und „Situation in den Schulen mit dem Offenen Ganztag“. Es ist ein ganz großes Problem, dass das nicht Landessache ist. Wir haben arme und reiche Kommunen. Eigentlich ist das Land dafür verantwortlich, dass es im ganzen Land – an jedem Ort und an jeder Schule – gleiche Chancen für Kinder und Jugendliche gibt. Zu gleichen Chancen gehören aber auch gleichgute Bedingungen.

Ich komme zu dem Vorschlag, der am Schluss des Antrags formuliert ist. Da wird gefordert, dass der Landtag die Landesregierung auffordern soll, das bestehende Programm „Geld oder Stelle“ zu nutzen. Es sollte dazu aktuell eine Runde mit Gewerkschaften, Verbänden und Personalvertretungen einberufen werden, um zu besprechen, wie man dieses Programm optimieren kann, so dass der Einsatz von Personal auch in Bezug auf nicht besetzte Stellen verbessert werden kann, damit den schulischen Bedarfen besser entsprochen werden kann. Dazu sind schon viele Beispiele genannt worden. Ich würde mich schwer dagegen verwahren, Lehrkräfte, die in Bereichen – Fortbildung usw. – eingesetzt sind, welche für Schule auch wichtig sind – das sage ich aber in Klammern –, dort wieder herauszuziehen. Wir brauchen dort Pädagoginnen und Pädagogen. Das kann nicht nur von Juristen oder anderen Professionen geleistet werden.

Last, but not least brauchen wir unbedingt in Bezug auf den Schulbezug eine Ausschärfung des Sozialindex, um die Ungleichheiten im Land abzuschaffen. Ich setze da auf Aussagen des Staatssekretärs im Schulministerium, Herrn Richter, die er in den letzten Wochen getätigt hat. Sie lassen hoffen, dass neben dem Modellprojekt „Talent-schulen“ dieses Thema grundsätzlich angegangen wird und man sich nicht auf ein Modellprojekt beschränkt, was über viele Jahre laufen und danach ausgewertet werden soll. Erst danach könnte man überlegen, wie das auf die anderen Schulen übertragen werden kann, die diese Unterstützung dringend benötigen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Frau Schäfer. Ich bedanke mich aber ausdrücklich bei allen Sachverständigen hier, die sich nicht nur in großartiger Art und Weise an die Zeit gehalten haben. Das wäre nur eine quantitative Betrachtung. Vielmehr haben Sie uns viel mit auf den Weg gegeben haben, was wir – selbstverständlich alle – in Zukunft beachten werden.

Ausschuss für Schule und Bildung
43. Sitzung (öffentlich)

15.05.2019

Ich möchte kurz erklären, wie es weitergeht. Zunächst einmal bedanke ich mich beim Sitzungsdokumentarischen Dienst. Die Mitschrift werden wir zum Anfang der 35. Kalenderwoche – das ist die letzte August-Woche – erhalten. Im weiteren Beratungsverlauf können wir den Haushalts- und Finanzausschuss mit einem Votum in der Sitzung am 5. September erreichen. In unserer Ausschusssitzung am 11. September könnten wir uns – da kommen all Ihre Anregungen mit hinein – erneut mit dem zur Diskussion stehenden Thema befassen.

Ich wünsche den Sachverständigen einen guten Heimweg. Auch sage ich Ihnen noch einmal einen ganz herzlichen Dank. Wahrscheinlich bis demnächst mal wieder!

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

Anlage

21.08.2019/04.09.2019

73

Stand: 16.05.2019

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung
"Schulen mit Lehrermangel nicht im Stich lassen
– nicht verausgabte Mittel müssen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen"
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/5063

am Mittwoch, dem 15. Mai 2019
13.30 Uhr, Raum E 3 A 02

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Dr. Uwe Bettscheider Ritzefeld-Gymnasium Stolberg Stolberg	Dr. Uwe Bettscheider	17/1450
Ursula Brockerhoff Gemeinschaftsgrundschule Kunterbunt Köln	Uschi Brockerhoff	17/1492
Brigitte Balbach lehrer nrw Düsseldorf	Brigitte Balbach Thorsten Schmalt	17/1475
Dorothea Schäfer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Essen	Dorothea Schäfer	17/1496
Rüdiger Käuser Westfälisch-Lippische Direktoren- vereinigung Siegen-Weidenau	Rüdiger Käuser	17/1491
Klaus Spille Alsdorf	nein	17/1473

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Sabine Mistler Philologen-Verband NRW Düsseldorf	Sabine Mistler Patrick Albrecht	17/1452
Georg Greshake Schulleitervereinigung Heisinger Kreis NRW Berufskolleg West der Stadt Essen Essen	Georg Greshake	17/1464